

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

25.9.1923 (No. 222)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonto:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 24. — 29. September 6 700 000 M. — Einzelnummer 3 000 000 M. — Anzeigengebühr: 50 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Belegzahl heute 30 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Kasseraabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Briefliche Anfragen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Anzeigenverteilung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in deren unterer Kette hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Verordnung über den Ausnahmezustand

Die Verordnung des badischen Staatsministeriums vom 18. September 1923 über den Ausnahmezustand für die Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schönau und Säckingen ist heute mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

#### Der einzig gangbare Weg

Auf dem Karlsruher Parteitag des badischen Zentrums hat der badische Finanzminister Köhler eine politische Rede gehalten, der grundlegende Bedeutung zukommt. Wenn es aus dem Abgrund, in dem sich unser deutsches Volk befindet, überhaupt noch einen Ausweg gibt, so ist es der, den Finanzminister Köhler uns vorgezeichnet.

Wir gehen auf die Einzelheiten seiner Rede umso lieber ein, als sie Anschauungen und Gedankengänge enthält, die vollkommen mit den unsrigen übereinstimmen und hier auch schon von uns vertreten worden sind. Die Bedeutung der Rede ist aber darin zu erblicken, daß sie all das, was heute vom Standpunkte politischer Vernunft aus zum Thema der Errettung Deutschlands besichtigt werden kann, zusammenfaßt, übersichtlich zu einem Programm ordnet und dabei stilistisch mit Wendungen operiert, die überaus schlagkräftig sind und auch dem schlauesten Staatsbürger einleuchten müssen.

An die Spitze seiner Ausführungen hat Finanzminister Köhler, wie nicht anders zu erwarten war, ein tief empfundenes Bekenntnis zum Reich und zur Reichseinheit gestellt. Auf die Frage, ob das Ende des deutschen Reiches gekommen sei, gibt es im ganzen keine Antwort: nein und abermals nein! „Gewiß, die Entscheidungstunde hat geschlagen, aber sie findet in Baden eine geschlossene Front. Ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen steht die Südwelt zum Werke ihrer Väter.“

„Die Führung in dem schweren Kampf um den Bestand des Reiches kann aber nur der Reichsregierung zustehen, nicht diesem oder jenem Lande. Hier heißt es, sich jetzt bedingungslos einzurufen.“ Wir möchten hoffen, daß diese erste und leider besonders notwendige Mahnung in allen den Ländern verstanden werden wird, die sie angeht, und die sich von ihr getroffen fühlen. „Alle Forderungen und Wünsche auf Berücksichtigung landmannschaftlicher oder anderer Eigenart haben jetzt im Augenblick höchster Not zurückzutreten!“ Eine solche Auffassung läßt sich natürlich nicht vereinbaren mit der Forderung eines führenden bayerischen Staatsmanns, der neulich erklärte, man müsse entschieden bayerische Politik betreiben, denn das sei dann auch die beste deutsche Politik. Umgekehrt wird ein Schuß daraus! Man muß deutsche Politik treiben, denn sie ist die beste bayerische, sächsische, badische usw. Politik.

Allerdings ist es zu verlangen, nämlich, daß wirklich eine Führung vorhanden ist, und nicht etwa das blinde Spiel des Zufalls waltet. Daß es an einer solchen Führung in den letzten 8 Monaten gefehlt hat, sowohl außenpolitisch, wie innenpolitisch und finanzpolitisch, ist eine Erkenntnis, die heute in immer weiteren Schichten dringt. Sehr mühsam aber ist es, daß eine Autorität, wie Köhler, sich nicht scheut, diese Tatsache auch einmal öffentlich auszusprechen, vornehm in der Form, aber sehr offenherzig in der Sache. Die monatelange Passivität der Regierung Cuno war das Gegenteil von Führung, und die unter ihr völlig in Verwirrung geratene Finanzwirtschaft kann kaum kräftig genug charakterisiert werden.

Die Schwäche und Planlosigkeit dieser Politik hat sich am schärfsten offenbart in dem Kampf um die Ruhr, einem Kampf, der letzten Endes immer eine Frage der Reichsfinanzen war und ist. Die beschämende Tatsache, daß dem Heroismus Hunderttausender am Rhein und an der Ruhr die schon öde Gewinnsucht anderer gegenüberstand, daß bei der Kredithilfe des Reiches teilweise eine starke Verschwendung stattgefunden hat, die recht bedenkliche Korruptionsercheinungen zeitigte, hat Köhler nicht verschwiegen. „Wir haben den Ruhrkampf verloren, nicht weil die Ruhr nicht zurückgehalten hat, sondern weil die politische Führung völlig versagte und die riesenhafte Opfer nicht rechtzeitig politisch ausnutzte.“

Voraussetzung für unsere Sanierung ist also der Friede an der Ruhr. Dieser Friede braucht keine bedingungslose Kapitulation sein; er wird sie aber werden, wenn sich das deutsche Volk nicht in letzter Minute auf sich selbst befinnt und alle Hezer von der äußersten Rechten und der äußersten Linken zum Teufel jagt. Mit Revolten und Straßkrawallen, mit Steuerfahndung und Lieferungsstreik ist noch kein Volk gerettet worden.

Folgen muß dann sofort eine wirkliche Finanzpolitik, die mit der Defizitwirtschaft aufräumt und endlich einmal allüberall die Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege zieht. „Wir müssen zu einfacheren Formen zurückkehren.“ „Wir müssen die überorganisierten Beseitigen, die in den letzten Jahren in geradezu verheerendem Umfang sich auf allen Gebieten breitgemacht haben.“ Zu gleicher Zeit muß natürlich das Problem der Stabilisierung unserer Währung gelöst werden.

Auferzäumt werden muß ferner mit dem jetzigen Steuerdurcheinander, einem Durcheinander, das vielfach den Ehrlichen zum Dummen und den Unehrllichen zum Profitmacher macht. Die Verantwortlichkeit der Länder und Gemeinden muß in viel größerem Umfang wieder hergestellt werden. Dann muß aber auch die jetzige Dotationspolitik des Reiches beseitigt werden; denn sie ist es gerade, die zur Verantwortungslosigkeit erzieht. Im übrigen ist „nicht das Verschleßen von Steuern das Wichtigste, sondern die Ausführung dieser Steuergebote“. Bei dem jetzigen Durcheinander sind aber die Finanzämter schlechterdings am Ende ihrer Kraft angelangt. Für die Übergangszeit der nächsten Monate wird ernsthaft zu prüfen sein, „ob nicht durch eine besondere Heranziehung der aller leistungsfähigen Schichten die nötigen Mittel zur Stilllegung der Notendrucke beschafft werden sollen“.

Auf der Ausgabe Seite brauchen wir die allerstärkste Einschränkung und Vereinfachung. „In der jetzigen Zeit ist kein Raum mehr für die brotlosen Künste einer sich selbst genügenden Bürokratie!“ Außerordentlich viel nutzlose Arbeit kann hier beseitigt werden. Ihre Beseitigung ist natürlich die Voraussetzung für den in der Öffentlichkeit so viel erörterten Beamtenabbau“. Ferner ist zu erwarten, daß in der einen oder anderen Sparte auch erhöhte Leistungen an Arbeit zutage treten.

Die badische Regierung hat in den letzten Tagen zu dem ganzen Problem Stellung genommen und entscheidende Beschlüsse gefaßt, deren Ausführung sofort in die Wege geleitet werden soll, und zwar durch die sofortige Tat. Köhler zweifelt nicht daran, daß auch unsere parlamentarischen Körperschaften von sich aus den harten Forderungen der Zeit Rechnung tragen und auf die Verminderung der Zahl ihrer Mitglieder, wie der Zahl der Sitzungen hinwirken werden. Vom badischen Landtag glaubt er bestimmt zu wissen, daß er ganz von sich aus das vollziehen wird, was die Stunde verlangt. Viel Liebgewonnenes wird fallen müssen in Ländern und Gemeinden, um das Höchste, das Vaterland, zu retten!

Wir sind überzeugt, daß die Ausführungen Köhlers allenthalben tiefen Eindruck hervorrufen werden. Sie zeigen uns — wir betonen es nochmals — den einzig gangbaren Weg, der für unser Volk aus dem Abgrund wieder aufwärts führt. Beschreiten wir diesen Weg zielbewußt, arbeits- und entlagungsfreudig, so wird der Erfolg nicht ausbleiben können: das Vaterland wird gerettet sein!

### Die Berliner Beratungen

#### Die Besprechungen mit den Vertretern der besetzten Gebiete.

Das Reichskabinett hat am Sonntag unter Teilnahme des Reichspräsidenten nicht weniger als 9 Stunden über die Lage beraten und ist nach Berliner Meldungen über die zunächst zu unternehmenden Schritte zur Lösung des Ruhrkonflikts zu einer Einigung gelangt. Am Montag fand die angekündigte Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete statt, der sich abends eine Kabinettsitzung anschloß. Aber die Besprechungen beruht die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin:

Nachdem am Montag mittag der Reichszentralrat im Beisein einiger anderer Reichsminister eine erste Besprechung mit den

Vertretern der politischen Parteien des Rhein- und Ruhrlandes gehabt hatte, in der außer den deutschnationalen Abgeordneten alle Anwesenden die vorgelegten Absichten der Regierung billigten, fand am Nachmittag im großen Saale der Reichszentralrat eine große Konferenz der Reichsregierung mit den Vertretern der politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen der besetzten Gebiete statt. Neben den Abgeordneten der besetzten Gebiete waren u. a. auch die Bürgermeister der größeren Städte zugegen.

Auch diese Besprechung ergab, wie wir hören, völlige Einmütigkeit über die Auffassung der Lage, wie sie zu Beginn der Besprechung der Reichszentralrat ausführlich geschildert hatte. Abereinstimmend kam zum Ausdruck, daß die finanzielle Lage des Reiches die Fortführung des passiven Widerstandes in der bisherigen Form als unmöglich erscheinen lasse. Die Vertreter der besetzten Gebiete waren sich mit der Reichsregierung darin einig, daß entscheidende Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt werden müßten. Die Darlegungen des Reichszentralrats wurden im Verlaufe der Debatte auch nachdrücklich von den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen gebilligt, die erklärten, daß sie jetzt die Absichten der Regierung nicht minder mit aller Kraft unterstützen würden, um das Reich zu retten, wie es zu Beginn des Kampfes ihr entschlossener Wille war, den rechtswidrigen Einbruch in deutsches Gebiet abzuwehren. Im übrigen konnte nunmehr alles darauf an, die Arbeiterschaft geschlossen in ihre Arbeitsstätten zurückzuführen.

Reichszentralrat Dr. Stresemann, der im Verlaufe der mehrstündigen Aussprache wiederholt das Wort ergriff, betonte dabei mit besonderer Entschiedenheit, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes in keiner Weise einer Kapitulation gleichkomme. Die Regierung, die es sich von Anfang an zur Richtschnur gemacht habe, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen, glaube, bei all ihren Entschlüssen mehr Verantwortungsgesühl zu zeigen, als wenn sie jetzt den gebotenen klaren Entscheidungen aus dem Wege gehen würde. Die Regierung werde nichts unterlassen, um der Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen und das Schicksal der Verhafteten und Ausgewiesenen zu einem Besseren zu wenden. Aber allem aber stehe das Reich, dessen Einheit erhalten bleiben müsse. Jetzt komme es darauf an, daß jeder ohne Unterschied der Partei für die Erhaltung des Reiches eintrete, und derjenige, der sich in dieser schweren Stunde wider den Staat auflehne, verdiene nicht den Namen eines Deutschen zu tragen. Deshalb werde die Regierung mit äußerster Energie und unter Anwendung scharfster Maßnahmen gegen alle vorgehen, die die Staatsautorität zu erschüttern versuchten. Es sei der unbegreifliche Wille der Reichsregierung, die Staatsautorität zu wahren und den Staat mit dem Aufgebot ihrer letzten Kraft zu verteidigen. Wer in diesen Tagen wider den Staat und die Einheit des Reiches sei, dem sage sie scharfsten Kampf an.

Die Worte des Reichszentralrats hinterließen einen starken Eindruck bei den Anwesenden, die sich in lebhaftem Beifall äußerten. — Im Anschluß an diese Konferenz traten noch die Abwehrbeauftragten der besetzten Gebiete zu einer Sonderbesprechung mit dem Reichsminister des Innern zusammen.

Die Lage wird in einer Berliner Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“ folgendermaßen skizziert:

Das Ergebnis des Montags nachmittags die Erwartungen, mit denen die Reichsregierung der Aussprache mit den Vertretern der besetzten Gebiete entgegengekommen hatte. Sowohl mittags wie abends konnte der Reichszentralrat feststellen, daß die übergroße Mehrheit der Rhein- und Ruhrbevölkerung durch den Mund ihrer berufenen Vertreter den von der Reichsregierung vorbereiteten Schritten zum raschen Abbruch des nutzlosen Widerstandes ausdrücklich zustimmt. Daß sich gegen die Beendigung des passiven Widerstandes eine Stimme erheben hätte, ist überhaupt nicht bekannt geworden. Wir glauben aber auch, daß über das, was nach der Kundgabe des Kampfabbruchs stehen soll, weitgehende Übereinstimmung erzielt wurde, jedoch abgesehen von den extremen Klümpelparteien alle im Rheinland vertretenen großen Parteien die Abbruchunterzeichnung werden, mit der die Verhandlungen um die Mitte der Woche den ersten Anlauf zur Lösung des Konfliktes unternehmen wird. In welcher Form und auf welchem Wege man dann versuchen wird, von den Befehlsmächten die Erleichterungen zu erhalten, die notwendig sind, damit die Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr der Aufforderung der Regierung zur Wiederaufnahme der Arbeit auch tatsächlich nachkommen kann, wird natürlich von der Aufnahme des deutschen Schrittes bei der Geenseite weitestgehend mitbestimmt werden. Aber daran kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Weg über Verhandlungen führen muß, und noch weniger kann daran gezweifelt werden, daß die Reichsregierung alles daran setzen wird, ihre Oberhoheit über die ihr jetzt beinahe neun Monate entzogenen Gebiete in möglichst großem Umfang und so rasch wie möglich wiederherzustellen. Der Prozeß der Befriedigung des Rhein- und Ruhrlandes, dem als der Voraussetzung für jede praktische Reparationspolitik steht alle Bemühungen der Regierung gelten, wird nicht in wenigen Tagen abgeschlossen werden können und vielleicht noch manche Komplikationen im Gefolge haben. Aber die Hauptsache ist doch, daß sich die deutsche Bevölkerung in den bedrohten Landesteilen, um deren Freiheit und um deren Verbleiben beim Reiche der ganze Kampf geht, sich der Führung der Regierung willig anvertraut. Die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Parteien haben inzwischen klar ergeben, daß die Politik des Kabinetts auch im Reichstag eine große Mehrheit finden wird. Am Mittwoch wird der Reichstag im Auswärtigen Ausschuss die ganze Entwicklung der letzten Wochen und die weiteren Absichten des Kabinetts darlegen. Da diese Sitzung wohl längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wird das Plenum des Reichstags erst am Donnerstag aufstehen.

mentieren, und hier wird wohl der Kanzler mit einer großen Erklärung die Einleitung für eine politische Debatte geben.

Man sieht hier noch nicht klar, wie die Freunde der Nationalaktivisten in Bayern auf die neue Wendung in der deutschen Politik zu reagieren und wie ihre Gesamtorganisation im Reich die Situation für sich auszunutzen gedenken. Doch von dieser Seite her unter Umständen mit einer schweren Gefährdung des Reichsgefüges gerechnet werden muß, jetzt die abnisch herausfordernde Sprache, deren sich die Redner und die Presse der „vaterländischen Verbände“ in den letzten Tagen bedient haben; es ist schon bedenklich genug, daß, wie aus Bamberg gemeldet wird, in Nordbayern die eigene Partei des Kanzlers sich von der Gesamtorganisation losgelöst hat, um, wie man sich ausdrückt, zur Vorbereitung des Freiheitskampfes größeren Bewegungsspielraum zu erhalten. Gegenüber den Gefahren, die von dieser Richtung her drohen, treten die bedenklichen Symptome einer inneren Zersplitterung, die sich auf dem Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokratie zeigten, deshalb an Bedeutung einermachen zurück, weil hier die Masse der oppositionellen Elemente noch wenigstens die Liquidationspolitik der Regierung unterstützen will. Aber auch sie trägt natürlich dazu bei, die innere Spannung der Lage zu verschärfen.

#### Die Pariser Presse zu der Rede Poincarés

Die Pariser Presse billigt mit Ausnahme der sozialistischen Organe die Rede Poincarés. Offenbar haben die Kreise, welche das Mißtrauen auch gegen das Kabinett Stresemann nährten, obgleich ihnen die Vorheiten der deutschen Rechtsradikalen zu Hilfe kamen. Es ist gelungen Poincaré in der Überzeugung zu fassen, daß weitere Zugeständnisse vor Beendigung oder Einstellung des Widerstandes im Ruhrgebiet nicht gemacht werden können.

Der „Matin“ schreibt: Die französische Regierung werde dem Reichszustand nichts einräumen. Wenn sich in einem Land, in dem Anfang nach dem Kriege und nach der Niederlage 600 Vereinigungen sich finden, um zu erklären, Deutschland sei unschuldig und nicht besiegt, so ist es unmöglich, wenn man nicht gefährliche Folgen schaffen will, ihm noch einmal den Glauben zu lassen, die es geführt haben, seien nicht die Schuldigen. An dem Tage, an dem Stresemann nach Paris kommen wird, um die Bedingungen der Reparationen zu regeln, wird er nach einem offiziellen Siege Frankreichs erscheinen, wenn nicht die Fragen im besetzten Gebiet geregelt werden, wo die Bevölkerung dazu bereit ist. Aber dann wird sie sich unter dem Ausschluß der deutschen Regierung vollziehen, was nicht gerade ein Ruhm für Deutschland sein wird.

Der „Reit Parisien“ schreibt: Deutschland habe auch auf wirtschaftlichem Gebiet einen Kampf durchzuführen wollen, bei dem das Schicksal der Waffe jetzt zugunsten Frankreichs entschieden habe. Jetzt müsse man mit den Ausflüchten ein Ende machen, denn die Welt habe Gile, von dem Alldrud befreit zu werden, den das Reparationsproblem darstelle.

Der „Gaulois“, der ebenfalls seine große Befriedigung über die Rede Poincarés zum Ausdruck bringt, wird nachdrücklich davor warnen, daß die morgige Lage in Deutschland bringen könne. Das Blatt fürchtet kommunistische Aufstände und nationalistische Gegenstände, also mit einem Wort, einen revolutionären Ausbruch. Es fragt, was dann eintreten werde. Es scheint, daß man die Aufrichtung einer Militärdiktatur ins Auge fasse. Gewiß sei auf alle Fälle, daß Deutschland eine Serie von Zustufen durchmachen müsse, deren Folgen unmöglich vorausgesehen werden können.

Der linksradikale „Quotidien“ schreibt zu der Frage, daß der passive Widerstand einfach deshalb zusammenbricht, weil ihm das Deutsche Reich nicht mehr finanzieren kann: Wer könnte da glauben, daß Deutschland in kürzester Frist fähig wäre, die notwendigen Anstrengungen für Reparationszahlungen zu unternehmen? Es ist vor allen Dingen ein langes Werk der Wiederherstellung durchzuführen. Man muß das Deutsche Reich wirtschaftlich und finanziell auf die Füße stellen, und es wird dazu nicht der gute Wille Deutschlands allein genügen, sondern man braucht auch den guten Willen Europas und Amerikas.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt Poincaré die Absicht zu, er habe in seinen drei Reden ausdrücken wollen: Welche dem Besiegten! Das Blatt warnt sehr eindringlich, indem es die Frage stellt, was wird die Woche, die nun beginnt, uns bringen? Der wirtschaftliche Sieg von 1923 wird noch illusorischer sein wie der militärische Sieg von 1918. Die Erschöpfung Deutschlands war vor fünf Jahren groß. Sie ist unendlich viel größer heute nach dem neun Monate langen heißen Ringen im Ruhrgebiet.

### Romantische Woche des Bad. Landes-Theaters

Marxherner-Pflichter.

Es wäre angebracht gewesen, wie bei der romantischen Woche in Augsburg, mit der in mancher Beziehung die hiesigen Veranstaltungen korrespondieren — zum mindesten auf der musikalischen Linie Marxherner-Pflichter — die eigentliche Festwoche des Badischen Landes-Theaters mit einem Vortrag beginnen zu lassen, der die vielfachen Beziehungen der Romantik zur Gegenwart hätte aufzeigen müssen. Denn unter „Romantik“ stellt sich jeder Mensch heute nicht nur etwas anderes vor, sondern das Wort selbst ist ihm im Begriff, bei deren Erden und Entken zum Unromantischen zu werden, was es überhaupt sein kann, zur billigen Scheidung, zum öden Schlagwort. Hörte ich doch schon neulich einen hochbegabten Dichter von einem „romantischen“ Brief fassen, den im angeblich sein Freund geschrieben hat. In der Musikgeschichte scheint allerdings das Problem längst gelöst, denn dort werden die Komponisten als Klassiker und Romantiker lapidarweise abgestempelt, freilich ohne bestimmte grundlegende Erläuterung, was nun eigentlich rein klassisch und rein romantisch sei. Im allgemeinen jedoch subsumiert man unter „Romantik“ alle jene Lyriker und Dramatiker, die in ihrer Konzeption die Flucht in irgend eine geheimnisvolle ferne Welt und ebenso in ihren formbildenden Prinzipien die Sehnsucht nach einem gewissen Traumland erkennen lassen. Das Verlangen, die Unendlichkeit in der Endlichkeit in Erscheinung treten zu lassen, verbindet sie, die Sehnsucht zur Totalität als Lebensstern, aber das Nichtfinden können einer endgültigen Lösung ist auch heute noch wesentlichster Teil der Romantik. Ihre ewiggleiche Tragik kündete freilich schon Fr. Schlegels Wort: „Wer etwas Unendliches will, der weiß nicht, was er will.“

Durch die in kurzen Abständen gebotene Aufeinanderfolge eines romantischen Opernabends und einer romantischen Kantate war Gelegenheit gegeben, zwei wichtige Wege in ihre singende Märchenwelt zu beschreiten, den dritten noch denkbaren Weg durch die Methode der absoluten Musik werden wir im Sinfoniekonzert der Theatergemeinde gehen müssen. In der Opernliteratur ist weiterhin nun alles das eindeutig auf Romantik festgelegt, was mittelalterliche Stoffe bezogen sind und die Vision der Bühne zur Darstellung abenteuerlicher Ereignisse bemüht, d. h. die Phantasie ihrer Wünsche in rauen Mittergezeiten und liebreichen Frauen zu kurzem Leben erweckt. Wenn Heinrich Marschner sich auch gegen den allernächsten Wagner nicht auf den Spielplänen halten konnte, so ist es doch äußerlich und innerlich ein typischer Vertreter, an den zu erinnern einem romantischen Wochenplan wohl ansteht. Der Tempel und die Hübner sind zwar nicht sein bestes Werk, aber doch auf konsequente Einfachheit und romantische Ehrlichkeit angelegt. Adensfähig kann allerdings eine auf so kindliche Weise geschriebene Musik nicht mehr werden, ganz gleichgültig ob man sie vor alten vor geschlossenen Reimwänden oder über ihre eine angenehme festliche Neuzinsenerdung zulassen läßt. Denn ein unschuldiger Sopran und ein geschicklich geschwätziger sowie verführerischer Bariton retten heute die Situation nicht, wenn die richtige innere dramatische Bindung vollkommen fehlt. Hier erkennt man eben staunend, was Wagner doch alles gewollt und gelohnt hat und wie er mit sicherem Bühneninstinkt das dort Angehörte nachher erlöste. Für die Aufführung war das Werk durch August Harlach dramatisch aufgearbeitet und durch Fritz Cortolezis um einige Zwischenstücke ergänzt worden; es mag dadurch gegenüber der ursprünglichen Fassung die ich ebenwähnte kenne, wie einige Bearbeitungen in Einzelheiten gewonnen haben, als Ganzes steht es jedoch nach wie vor auf recht schwachen Füßen und selbst der instrumentale Unterbau hält das Gebäude nur notdürftig zusammen. Für eigene gute Leistungen der Solomitglieder gibt es freilich darin wenig genug. Für das Judenmädchen Rebecka ist Lily Weig aus mehrfachen Gründen nicht die erwünschteste Vertreterin. Die Stimme ist ausgiebig, aber ohne beständige Wärme, die darstellerische Leistung geht in künstlerischer Notentzierung kaum über Selbstverständliches hinaus, während gerade hier, um zu einem aufreißenden Erlebnis zu kommen, eine Lösung beider Aufgaben nicht durch interesselose Geschäftigkeit und geschädigte Stimme erledigt werden darf. Die männlich-kräftige Stimme Rud. Weyrauds gab dem Tempel so ziemlich alles was ihm zukommt; nur in der berühmten Tempelarie hinderte merkwürdige Indisposition den Künstler, der auch in eindringlicher Gestalt ein Abtrübsel tat, an der vollen Entfaltung seines mächtigen Organs. Im Kranz der übrigen Sölden laten sich hervor Max Willner als schwarzer Ritter, Rudolf W. als Jochheim und Walter Barth (Geric). Den weinsüßigen Einsiedler Lud sang und mimte recht frisch Alfred Glah, ihm stand ebenfalls Alban Peters als Narr Wambse zur Seite. Ergreifendere Arbeit war auch von Seiten des Regisseurs Carl Stang zu erkennen, aber zu einer intensiveren Ausnutzung der 1000 aller Mühsal der dramatischen Grundidee vorhandenen Möglichkeiten, vorab in Zusammenschluß und Kontrastierung der Gruppen, kam es wieder nicht. Weisheitlicher sei nur auf die erste Szene des zweiten Aktes verwiesen. Auch diese durch stimmiges Mitspielen des alten Juden, der ja doch dabeist, bei der Aufführung des „Sannum“ noch erheblich gesteigert

### Die englische Politik

England wird weiterhin das Kommissariat der Regierung über die Karrier Besprechungen und Baldwin's Verhalten kritisiert. Die Regierungspresse behauptet dieser Kritik gegenüber, die Pariser Vereinbarungen seien auf eine Kursänderung in der Politik Poincarés zurückzuführen, der einsehe, daß die größten Schwierigkeiten nach Einstellung des deutschen Widerstandes erst beginnen. Die Neuorientierung habe eingeseht, als die französischen Diplomaten den engen Zusammenhang des Völkervertrages mit dem Versailler Vertrag, und damit die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit England erkannten. Die englische Regierung habe eine revidierte Fassung des Januarplanes Bonar Law's in Vorbereitung, welche in den nächsten Wochen Frankreich unterbreitet werden soll.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird Baldwin am Mittwoch seinen Kollegen zusammen mit dem Bericht über seine Unterredungen mit Poincaré die Schlußfolgerungen, zu denen er infolge dieser Unterredungen gelangte. In Anbetracht der sehr heißen Frage der kommenden Probleme in ihrer augenblicklichen Phase könnten von der Regierung Mitteilungen nicht vor Beendigung der Kabinettsitzung erwartet werden. Es sei sogar sehr zweifelhaft, ob gegenwärtige Beschlüsse gefaßt werden, bevor die Frage mit den Premierministern der Dominions auf der Reichskonferenz erörtert worden sind.

### Politische Neuigkeiten

#### Die Lage des Reichs

Die durch den Ruhrstreik geschaffene Situation schildert in hemerlenwert klarer und von Auslassungen freier Weise ein Artikel der „Badischen Presse“ der zeigt, daß das Verhältnis für die tatsächliche Lage des Reichs in weitesten Kreisen vorhanden ist. Der Artikel führt aus:

„Die Regierung hat ihre Mindestforderungen für die Einstellung des passiven Widerstandes bekanntgegeben. Selbst wenn sich die Gegenseite auf diese Bedingungen einläßt, — und es macht nicht den Eindruck, als ob Poincaré im Augenblick dazu besonders geneigt scheint — so wird doch der Ruhrkampf nun wohl einen ganz anderen Ausgang nehmen als die über große Mehrheit des deutschen Volkes gehofft und gewünscht hatte. Die Politik des passiven Widerstandes, die von der Regierung Cuno eingeleitet wurde, wurde lange Monate hindurch von der Einheitsfront aller Parteien in Parlament und Presse gefolgt und unterstützt. Diejenige willigen Mitglieder des deutschen Volkes lag natürlich die Hoffnung zugrunde, daß die Regierung in ihrer genaueren Kenntnis der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten ihrer Dispositionen so getroffen habe, daß der Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden konnte. Darüber hinaus müßte man aus mehr oder weniger bestimmten Andeutungen die Überzeugung entnehmen, daß die Regierung Cuno über nur die zugängliche Informationen, über rechtzeitig zu erwartende internationale Einwirkungen auf den Ruhrkampf verfüge. Nach der Kapitulation, die Baldwin in diesen Tagen bei der Besprechung in Paris vor Poincaré vorgelesen hat, wissen wir nun mit voller Bestimmtheit, daß diese Hoffnung eine absolut trügerische war. Schon die ärgelichen englischen Kommentare, die vor Monaten das diplomatische Spiel und Cer aus Anlaß der Curzonnote begleiteten, mußten die Vermutungen auflockern lassen, daß Cuno die rechte Einschätzungsfähigkeit für den Wert diplomatischer Anregungen und Zusicherungen besitze. Heute steht fest, daß er auf unüberwindliche englische und amerikanische Bedensarten oft unbestimmter Herkunft hereingefallen ist und auf dieser unsicheren Grundlage die internationale Einstellung seiner Politik aufgebaut hat. Und was die finanzielle und wirtschaftliche Seite des Problems anbetrifft, so erkennt man heute in der rückwärtigen Betrachtung, daß nach dieser Richtung hin vollkommen ins Blaue hinein gewirtschaftet worden ist. Nachdem jetzt die Zahl für die täglichen Aufwendungen zur Unterstützung des Ruhrkampfes bekanntgegeben worden ist, wird man nicht wesentlich über das Ziel hinausschießen, wenn man den gesamten finanziellen Aufwand für den Ruhrkampf in den abgelaufenen acht Monaten in Höhe der Größenordnung veranschlagt, die die Gesamtaufgaben eines Reichsbudgets im Frieden betragen. Zur Aufbringung dieses Geldmilliardens, die zudem etwas leidenschaftlich und ohne eine vernünftige Rationalisierung ausgegeben scheinen, ist steuerpolitisch so gut wie gar nichts geschehen.“

Die Regierung Stresemann hat aus der Notwendigkeit und höheren Erkenntnis, daß von irgend einer internationalen Einmischung der keine Hilfe zu erwarten sei, — Baldwin's Kapitulation bestätigt die Wichtigkeit dieser Auffassung — und aus der weiteren Einsicht, daß das vorgefundene finanzpolitische Chaos zum vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu drohen führt und daß es nur nach Beendigung des Ruhrkampfes zu beheben ist, die Schlußfolgerung gezogen, daß ihre wichtigste Aufgabe die schnelle und möglichst ehrenvolle Liquidierung dieses Ruhrkampfes sein müsse. Die Frage ist, ob in der Befolgung dieses Zieles tatsächlich immer richtig operiert worden ist oder nicht der Eindruck eine gewisse Berechtigung hat, daß in den Bemühungen um die Verständigung mit Frankreich zu schnell weites Gelände preisgegeben wurde, ob nicht dabei dem Gegner ein zu tiefer Einblick in unsere wahre Lage gegeben wurde und ob nicht gerade dadurch die Unnachgiebigkeit Poincarés so verstärkt worden ist, daß er heute glaubt, mit der Waffe in der Hand die restlose Kapitulation abzuwarten zu können. Wir möchten zwar meinen, daß man die Gegenseite auch nicht so bumm einschätzen darf, daß sie nicht auch ohne die deutschen Verständigungsbemühungen sich ein einigermaßen zutreffendes Bild über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands zu verschaffen vermocht hätte.“

#### Die Beamtengehälter

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß die Beschlüsse mit der Anpassung der Beamtengehälter und Reichsarbeitelöhne an den veränderten Geldwert. Nach Mitteilung der Reichsregierung würde die Mehrzahl in Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen für das vierte Septemberbeispiel bei den Beamtengehältern mit 7000 in Aussicht genommen. Für die übrigen Sonderausfälle beträgt die Mehrzahl in Berlin 1085, Samburg 1785, in Köln und Essen 8675. Die Frauenauslage soll nun nicht ab ebenfalls nach Grundbetrag und Mehrzahl herabgesetzt werden, der Grundbetrag soll sich auf 50 000 Mark pro Monat belaufen. Das würde für Berlin eine monatliche Frauenauslage von 401 250 000 Mark ergeben. Der Ausschuß gab die Ermächtigung zur Auszahlung der Teuerungszuschläge gemäß den Vereinbarungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen.

#### Kurze Nachrichten

Dr. Fechner in Berlin. Der sächsische Ministerpräsident Fechner war am Sonntag nach Berlin gekommen, um dem Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie Bericht über seinen Konflikt mit dem Reichswehrminister Geyer zu erstatten. Die Berliner Funktionäre, unter denen eine radikale Strömung geführt von dem früheren unabhängigen sozialistischen Abgeordneten Gellbien, gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten an der großen Koalition und am Kabinett Stresemann ist, erklärten dem sächsischen Ministerpräsidenten ihr volles Vertrauen und schloßen eine Resolution, in der die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts zu größerer Energie in der Durchführung des sozialistischen Programms aufgefordert werden.

Zusammenstöße in Dresden. In Dresden finden fast täglich Demonstrationen radikaler Trupps statt, die sich die Not der Erwerbslosen zu Ruhe machen und unter Führung eines wegen verschiedenen Straftaten gesuchten Arbeiters Kemedde stehen. Am Sonntag wurde bei einem Zusammenstoß von den Demonstranten getötet. Ein Schuß auf einen Polizeibeamten verwundete diesen, der eben Kemedde verhaften wollte und diese Kemedde.

Eine blutige Fahnenweihe. Anlässlich der Fahnenweihe des „Stahlhelmverbandes“ kam es am Sonntag an der preussisch-sächsischen Grenze in Wiederich zu blutigen Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlern und roten Unberühnten, wobei mehrere Personen schwer verletzt am Plage blieben.

In der deutschen Volkspartei Bayerns ist es zu einer Spaltung gekommen. Die Volkspartei Frankens, die weiter existenz steht als die südbayerische Partei trennte unter Führung Dr. Reits sich von ihr und nennt sich jetzt „Nationalliberale Landespartei Bayerns“.

Die Devisenerfassung. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenerfassung ist, was bisher noch nicht allgemein bekannt geworden ist, auch das Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtung im Rahmen der Tätigkeit des Kommissars aufgehoben worden.

werden. E. Burtards Bühnenbilder boten wirkungsvolle Hintergründe; doch mühte auch hier die Regie streng darauf acht, daß z. B. die Visionen des wirklichen Gestaltwandes (1. Szene) durch einige überzeitige Statisten nicht gestört wird. Fritz Cortolezis war dem Orchester, den Solisten und dem Chor ein sicherer Führer, dabei aber auch der Partitur G. Marxherner ein treuer Sachwalter.

In meiner Vorbesprechung der Pflichter'schen Kantate „Von deutscher Seele“ hatte ich die Verantwortung der wähligen Frage, wieviel in seiner Gesamtform dies Werk ein organisches Ganzes bildet und sich innere Stimmungseinheit wahr, offen gelassen. Jetzt nach oftmals erlebter Aufführung muß ich leider gestehen, daß diese romantische Kantate für mich überhaupt keine Einheit darstellt, sondern bestenfalls ein typisches Beispiel für ständiges Schwanken zwischen lyrischer (geschwollener) und dramatischer (theatralisch effekthoher) Einstellung abgibt. Dieser sehr zweifelhafte Eindruck gründet sich sicherlich auf die den verschiedenen Schaffensperioden merkwürdig angeordneten Einzelteile, in die das Werk nun einmal zerfällt. Und gerade die im Klavierauszug noch annehmbaren Zwischenstücke, die eine organische Verbindung herstellen sollten, entzweiten in ihrer ungeschickten oder falschen Fassung gründlich. Pflichter ist des hier gestellten Problems nicht Meister geworden, darüber vermag auch der wesentlich gestoffte zweite Teil nicht hinwegzutäuschen. Kaum abseits liegt die andere Feststellung, daß Pflichter in einem Augenblick ganz Gefühl, doch im nächsten ganz Gehörn sein kann, zwei Eigenschaften, die an sich schon für den ästhetischen Gebrauch undenkbar sind. Die Widersprüche des sehr schwachen Stoffes bewältigten die Mitwirkenden ziemlich einwandfrei. Zwar sind die Solisten Vere Siebert, Alban Peters und Dr. Herm. Wucherpfennig lobend zu erwähnen, denen sich als sehr beachtlicher Gast Kompositorenin Hilde Ellger aus Berlin gesellte. Die nicht sehr umfangreichen und dennoch billigen Chorpationen lagen beim Kirchentag St. Stefan und dem Singchor des Landes-Theaters in sicheren Händen. Die orchestrale Darstellung hätte allerdings im allgemeinen und in Besonderheiten mancher reiner Nuancierung aufweisen dürfen, um nicht gar so langweilig und uninteressant ungeschicklich zerfallen zu wirken. Fritz Cortolezis hielt jedoch den großen Apparat mit fester Hand zusammen und führte namentlich den zweiten Teil zu einem starken äußeren Erfolg. Wir sind es leider in Karlsruhe gewohnt, daß Musikanten nur geringes Interesse entgegen gebracht wird. Wir wundern uns deshalb kaum über den auffallend schlechten Besuch. Zusammen sei hier festgehalten, daß gerade dies Werk in Dursenden von Städten volle Häuser schafft hat.

O. Sch.

Eine Devisenjagd in Leipzig. Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamts in Leipzig ist man in den letzten Wochen auch in Leipzig dem wüsten Handel mit Devisen und Noten kraftig zu Leibe gegangen und konnte dabei ausländische Zahlungsmittel im Wert von über 1 1/2 Millionen Mark beschlagnahmen. In einem Verzeichnis haben Ermittlungen zur Aufdeckung großangelegter Steuerhinterziehungen und unregelmäßiger Devisengeschäfte geführt.

Das Goldmarkpapier beträgt vom 26. bis einschließlich 28. September 1923 3 479 999 900 Prozent (1 Goldmark = 84 800 000 Papiermark).

Zu den Meldungen über Kämpfe in Bulgarien erklärte der bulgarische Geschäftsträger in Wien Dr. Stoilow, daß sich in Bulgarien gegenwärtig nichts anderes abspiele, als der Kampf der Regierung gegen den Bolschewismus. Dieser Kampf zeigte auf das deutlichste, daß der frühere Ministerpräsident Stamboliski nichts anderes als ein Anhänger Moskaus war. Die Urheber der verschiedenen blutigen Zwischenfälle sind die früheren Anhänger und Verbündeten Stamboliskis. Die bulgarische Regierung werde die Erhebung schonungslos unterdrücken. Daran werden auch die vielfachen Notizen sie nicht hindern, die Tschischewin an sie richtet. — Nach einer amtlichen Meldung aus Sofia haben die Regierungstruppen mit Hilfe der Bevölkerung in einigen Dörfern des Bezirks Kaganlik, wo das Sowjetregime ausgerufen worden war, die Ordnung wiederhergestellt. Eine Bande von 50 Kommunisten entfloß ins Gebirge, mußte sich jedoch dort ergeben, wobei zwei Führer Selbstmord begingen.

Aufgebotter Rufsch in Rumänien. In Rumänien wurde ein Aufstand ausgedehnt, an dem mehrere aktive Generäle, frühere Minister und Unversitätsprofessoren beteiligt sind. Der Aufstand hatte nach italienischem und spanischem Muster Ende September zur Ausführung gelangen sollen, während der König in Temesvar zur Eröffnung der dortigen Warenausstellung weilt.

Wohlg. George tritt am 20. September eine Amerikareise an. Er begibt sich zuerst nach Chicago, Washington, Philadelphia und dann nach den Niagarafällen. Er hat eine Einladung der kanadischen Regierung angenommen und wird deshalb auch in Montreal offiziell empfangen werden.

## Badische Uebersicht.

### Versammlungen unter freiem Himmel

Nachdem, wie bereits gemeldet, die Verordnung des Staatsministeriums vom 19. September 1923 über das Verbot von Versammlungen, Ansammlungen, Demonstrationen für eine Reihe von Amtsbezirken, und die Verordnung über den Ausnahmezustand in den Bezirken Lörrach, Säckingen, Schopfheim und Säckingen aufgehoben ist, sei erneut darauf hingewiesen, daß die Polizeibehörde auch auf Grund der allgemeinen Rechtslage befugt ist (Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung in Verbindung des § 30 des Pol. Str. G. B.) im Einzelfall bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten. Die Polizeibehörden können daher, wenn im Einzelfall die erwähnten Voraussetzungen gegeben sind, Versammlungen unter freiem Himmel, zu welchen auch Umzüge und Demonstrationen zu zählen sind, verbieten.

### Verhaftungen in Freiburg.

Wegen Ausschreitungen während der Freiburger Demonstrationen sind, wie die Blätter melden, eine größere Anzahl Personen verhaftet worden. Darunter zehn, die des Auftrages, des Landfriedensbruchs, Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz, Amtsannahme, Mordung und Beschuldigung sind. Unter den Verhafteten befinden sich auch die drei Juristen, welche die Türe des Rathhauses demolierten.

### Zur Besetzung des Mannheimer Schlosses

Die deutsche Besatzung in Paris ist beauftragt worden, gegen die Besetzung des Schlosses in Mannheim durch französische Truppen bei der französischen Regierung schärfste Verwahrung einzulegen.

### Genße Lehren und harte Pflichten

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich der sozialdemokratische Korrespondent „Kollifreund“ mit den kommunistischen Untrieben und verächtlichen Vorgängen in Baden. Das Blatt erklärt, daß die Bewegung, die sich gegen die Regierung und für eine bessere und gleichere Lohnzahlung einsetzte und die aus der Not der Zeit entstanden sei, von den jederzeit ihrer Verantwortlichen sich bewußten Gewerkschaften geführt und ohne durch parteipolitische Bestrebungen beeinflusst zu werden. So aber sei diese Bewegung zum Teil verzerrt und verhandelt worden, einmal durch die frivolen, verlogenen und erbärmlichen Kampfesweise der Kommunisten, die wieder einmal versucht haben, einen ihnen über Berlin von Moskau aus erteilten Befehl zur Besetzung und zur Diskreditierung der deutschen Arbeiterbewegung und zur Unterstützung des „weltrevolutionären“ Wahnsinns durchzuführen. Dann aber sei auch ein großer Teil der Arbeiter mitschuldig, die bereit sind, frivolen Schwächen, radikalen Forderungen nachzulaufen und auch der Teil eigener Parteigänger, der immer noch nicht begriffen habe, daß der kommunistische Widerstand entgegengesetzt werden muß, soll nicht die deutsche Arbeiterbewegung zugrunde gerichtet werden.

„Was in die entferntesten Industrieorte des Seckreises wurden, geizigt auf die Mosauer Ober, die kommunistischen Wühlpostel gefandt, die wahre Schauererzählungen zu erzählen wühten, um die Arbeiterchaft aufzuspüren und sie zu unruhigen Handlungen aufzufachen. Dabei kam die gefährliche und schädliche Tatsache zu Hilfe, daß man nur auf die Polizei, auf die Regierung usw. zu schimpfen braucht, Verleumdungen über sie anzukündigen, um sofort bestimmte Preise einzufangen zu können. Was aber besonders tief bedauerlich und eine immer häufigere Erscheinung der in allen möglichen Organisations vereinigten Reaktionen ist, das ist: daß ganze Betriebe einfach den unverantwortlichen Karolen folgen, daß oft gar nicht mehr gefragt wird, ob die Partei oder Gewerkschaft diese Karolen ausgegeben haben. So haben sich in Lörrach Arbeiter zu Anreisen auf die Skande und in Karlsruhe zu bewußten provokatorischen Demonstrationen gegen das Umzugsverbot der Regierung verleiten lassen, mit dem Erfolg, daß dann die irreführende Arbeiterchaft wie ein aufgeschrecktes Gänsehock auseinanderstob, als pflichtgemäß die Polizei eingriff. Begreifen denn die Arbeiter immer noch nicht, welche beschämendes Schauspiel sie ihren Klassenkennern bieten, wenn sie auf wilde Karolen und prächtigen Baukasten folgen, sich zu effizienten verteilen lassen und dann in komischen Händchen stehen? Weber die Regierung noch die Polizei haben an irgend einer Stelle den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterchaft sich entgegenstellen. Und sowohl die badische Regierung wie auch die badische Polizei haben volles Verständnis

für die Wile der erwerbsfähigen Schichten; aber daß sie den halbwilligen Juristen und hinterlistigen Personen die Straße zur Verübung des übersten Unfugs überlassen können, davon darf keine Rede sein. — So hatte die über das ganze Land verfertigte Ausnahmebestimmung vorbeugenden Charakter und richtete sich keineswegs gegen die Verfolgung wirtschaftlicher Bestrebungen der Arbeiterchaft, ebensowenig gegen die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, der legalen Vertretung der Interessen des Proletariats. Die Minderungen von Sozialtarifmaßnahmen wie in Freiburg, die tätlichen Angriffe auf Polizeibeamte wie in Lörrach, die doch nur ihre Pflicht erfüllen, die wüsten Beschimpfungen der Organe der Republik, dürfen und können nicht gebuldet werden. Würden sie hingenommen, dann würden angeht die durch den Weltkrieg und durch die Nachkriegszeit allgemein hervorgerufenen Demoralisation die Elemente, denen nicht Ruhe, Ordnung und Arbeit, sondern der Nahrung und der Unfug Lebensbedürfnis ist, gar bald die Oberhand gewinnen. Weiter müssen aber endlich die älteren, durch die Schule der Arbeiterbewegung gegangenen Arbeiter sich aufrufen zur Wehr gegen die jugendlichen Elemente, die heute leider in so vielen Betrieben die ausschlaggebende Rolle spielen. Ferner muß den unerhörten und täglich verübten Beschimpfungen der Vertrauensleute der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegen getreten werden. Wie sollen die jungen Menschen gewerkschaftliche und politische Disziplin bewahren lernen, wenn jeder grüne Junge sich in den schamlosen Redensarten ergehen kann, ohne auf den schärfsten Widerstand der älteren Arbeiter zu stoßen?

### Der Zentrumsparteitag in Karlsruhe

Am Sonntag fand in Karlsruhe der von 800 Delegierten besuchte Parteitag der badischen Zentrumsparlei statt, der für das Unterland bestimmt war, nachdem am vorhergehenden Sonntag in Freiburg der Parteitag für Oberbaden abgehalten worden war. Den Vorsitz führte Landtagspräsident Dr. Baumgartner, der die erschienenen Parteidelegierten begrüßte. Das erste Referat hatte Reichstagsabgeordneter Erlina, der über die äußere und innere Lage sprach und insbesondere einen Rechenschaftsbericht über die Parteitätigkeit in den letzten zwei Jahren gab. Zu verschiedenen Fragen der inneren Politik, sowohl der Baden wie des Reichs äußerte sich Justizminister Trunk. Er zog dem „Bad. Beobachter“ zufolge, Parallelen zwischen November 1918 und heute. Novembertage hätten wir auch heute, nicht aber ganz Novemberstimmung wie damals. Wie das Zentrum damals fest zum Reich stand, so auch heute, obwohl das Reich nicht immer leicht machte. Im Reichstag habe vielfach rechts und links vom Zentrum das Parteinteresse allein den Ausschlag gegeben anstatt das Staatsinteresse. Auch heute fründe man am Ende eines vierjährigen Kampfes. Aber solange wie damals, dürfe man die Hände in den Schoß legen, sondern müsse zusammen arbeiten für die Erhaltung des Ganzen. Gemeinsam müßten die Opfer, die zu bringen seien, getragen werden und nicht so, daß die einen die Last haben und die andern ein gutes Geschäft machen. Er habe Verständnis auch für entvurzelte Arbeiter, die wenig genug seien, durch Falsche ihre Lage verbessern zu wollen, kein Verständnis dagegen könne man für die Leute mit Grund und Boden haben, die Falsche und Aufruhr machen, um keine Steuern bezahlen zu müssen.

Finanzminister Müller führte in einem Referat aus: Die Schwere Deutschlands steht zum Reich, von dem es heute heißen muß: Sint ut sunt, aut non sint — so wie es ist, soll es sein, aber es soll nicht sein! Keine Sonderpolitik der deutschen Länder in der Außenpolitik! Außenpolitik macht nur das Reich. In der Innenpolitik dagegen Mitarbeit aller Länder und jedes einzelnen. Mit Revolten, Steuer- und Lieferungsabschlagen geht es nicht! Sehr ernst sprach der Referent über die Folgen des schlimmsten wirtschaftlichen Lage, er legte die absolute Notwendigkeit des äußersten Sparsens dar. Vereinfachung der Steuern, keine Ausgaben in Reich, Staat und Gemeinde ohne Einnahmebewilligung, Heranziehung der allerhöchsten Schichten zu entsprechenden Steuerleistungen, Reform des Parlaments nach Zahl der Abgeordneten und Häufigkeit der Sitzungen waren Forderungen, die er erhob. Er sprach das Wort der energischen Arbeit aller: Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten... war sein Schluß.

Der Parteichef Prälat Dr. Schofer behandelte besonders die jüngsten unerwünschten Erscheinungen im Oberland. Im Vordergrund alles politischen Interesses stehe die Notwendigkeit, die Einheit des Vaterlandes zu wahren. Von den „Projektmachern“ wolle er nichts wissen. Gegen politische Schieber aber, die nach Frankreich flüchten, müsse energisch vorgegangen werden. Wenn das Reich nicht mehr besteht, hat auch der Föderalismus verloren. Aber wenn das Reich zerfällt, dann ist Zeit, um landsmannschaftlich einzurücken. Das raude und wirksame Eingreifen der Regierung gegenüber den Aufwühlversuchen im Oberland erkannte der Redner an. Letzt habe die Justiz das Wort. Man müsse von ihr hoffen, daß sie sich ebenso wie die Verwaltung, den Dank aller Staatsbürger verdiene, nicht Kleinigkeiten nachzugeben, aber schwere Sachen entsprechend behandelte, ohne zu scheuen ob links oder rechts. Zum Schluß behandelte er noch Parteifragen.

Nach längerer Diskussion wurde über die bereits mitgeteilten Resolutionen, die auch dem Freiburger Parteitag vorlagen, abgestimmt. Sie wurden einstimmig angenommen, worauf Landtagspräsident Dr. Baumgartner das Schlusswort sprach. Die Parole heiße: „Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht!“

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 60 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachungen des Staatsministeriums: Verbot von Versammlungen, Ansammlungen und Demonstrationen; des Finanzministers: Geldwertminderungsschlüsse zu den Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923; des Reichsjustizministers: die Eignung der Rheinische.

Die Schlußfajahl des badischen Einzelhandels vom 25. September betragt 4 440 000.

Aus der Erzdiözese. Der Erzbischof hat mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse vorerst bis zum 31. Dez. ihm vorbestimmte Preise, Abholungs- und Dispositionsmacht allgemein den Diözesanstellen übertragen, so die Vollmacht zur Besetzung von Kirchen, Bildung der Jungfrau Maria und von ausschließlich dem kirchlichen Gebrauch gewidmeten Glöden allen Pfarrern, Pfarrverwesern und Kuraten. Über den weiteren Umfang der Übertragung außerordentlicher Vollmachten gibt das Anzeigebblatt der Erzdiözese Freiburg nähere Mitteilung.

DZ. Freiburg i. Br., 4. Sept. Der Freiburger Stadtrat hat sich dieser Tage eingehend mit den Unruhen in Freiburg und der Haltung des Oberbürgermeisters hierzu beschäftigt. Der Stadtrat hat gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen folgende Entschlieung angenommen: Wir erklären unsere Zustimmung zu der vermittelnden Tätigkeit, die der Oberbürgermeister in den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den letzten Tagen unternommen hat; zu seinen Bemühungen für die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe in unserer Stadt;

zu seiner Stellungnahme zur Wahrung der Interessen der Stadtverwaltung gegenüber unzulässigen Eingriffen. Wir sind der Auffassung, daß die Maßnahmen, die der Oberbürgermeister im Interesse der Gesamtbürgerchaft Freiburgs ergriffen und die Schritte, die er unternommen hat, lediglich von dem Sinn geleitet waren, dem Bürgerfrieden in unserer Gemeinde zu dienen. Damit hat also das Verhalten des Oberbürgermeisters in diesen für die Stadt Freiburg kritischen Tagen die Zustimmung des Stadtrates gefunden. In einer Zuschrift vermahnt sich der Oberbürgermeister gegen die von der sozialdemokratischen Partei erhobenen Vorwürfe, als ob der Oberbürgermeister für die Verhängung des Versammlungs- und Demonstrationsverbots, für die Reizehung von Sicherheitspolizei nach Freiburg und für sich daran anschließenden Ereignisse verantwortlich sei. Der Oberbürgermeister betont in seiner Erklärung, daß die verständigen Führer der Arbeiterchaft die Macht vollständig verloren hätten und daß er, nachdem der Charakter der Bewegung als revolutionär gekennzeichnet worden sei, er allerdings bei der Regierung mit Rücksicht die Auffassung vertreten habe, daß es ein Fehler sei, in solcher Lage die Hauptstadt des badischen Oberlandes von der Sicherheitspolizei zu entblößen. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß für die Maßnahmen der Regierung die Berichte der Freiburger staatlichen Dienststellen und die gesamte Lage des Landes maßgebend gewesen seien.

DZ. Sigen, 23. Sept. Der Bau des Scheffelhauses lag bisher in der Hand des Gründungsausschusses, dem die Scheffelgemeinde und der Männergesangverein angehören. Um die Angelegenheit auf eine breitere Grundlage zu stellen und um sie wirksamer durchführen zu können, sollen nunmehr alle interessierten Vereine in den Gründungsausschuss aufgenommen werden. Ein diesbezüglicher Beschluß wurde bereits gefaßt, und man hat dahin überein, alle Kräfte zusammenzufassen, um das Werk zu Ende führen zu können.

DZ. Sigen, 23. Sept. Die bereits in Sigen von der Industrie bebauten Gelände reichen nicht mehr zu. Dem Bürgerausschuss ist daher eine Vorlage zugegangen über die Erschließung des Schnaidholzes als Industriebebauungsgelände. Zunächst soll eine Straße auf eine Länge von 300 Meter auf dem neuen Gelände angelegt werden. Zwei Firmen sind bereits als Käufer von Grundstücken in diesem neuen Industriegebiete aufgetreten.

DZ. Madollzell, 22. Sept. Dieser Tage wurde mit dem Sitz in Madollzell die Bodenreformvereins-V. G. gegründet. Die Gesellschaft wird die von der Obsthäusergemeinschaft in einem Teil der Räume und Keller der früheren Brauerei Hölle eingerichtete Kelterei und Dampfbrennerei in Betrieb nehmen, sich mit der Herstellung von Fruchtsäften, Marmelade und dergl. sowie mit dem Vertrieb von aus Obst gewonnenen Produkten, Wein und weingeisthaltigen Getränken befassen. Den Rückhalt der Gesellschaft bildet die Obsthäusergemeinschaft Bodenreform in Madollzell, welche einen großen Teil der Aktien übernommen hat.

Schnee in den Bergen. In den Schweizer Bergen ist der Winter eingeleitet. Die letzten Tage brachten einen großen Wettersturz und bis 1800 Meter hinunter Schnee. Rigi, Pilatus, Gollhorn, Säntis und Jungfrauoch melden ein andauerndes Schneefallen. Auf Jungfrauoch beträgt die Schneehöhe bereits 20 Zentimeter bei 8 Grad Kälte, am Säntis die Neuschneehöhe 10 Zentimeter bei 4 Grad Kälte.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Der Karlsruher Bürgerausschuss

Beriet am Montag eine lange Reihe von Vorlagen. Zu einer längeren, teilweise ziemlich erregten Debatte kam es bei der Besprechung des beantragten 800 Millionen-Darlehens, das die Stadt zur Bestreitung laufender Bedürfnisse aufnehmen will und wovon wir bereits das Nähere mitgeteilt haben. Die Summe soll nach dem Antrag des Stadtrats auf 1500 Millionen erhöht werden.

Auf Ausführungen des Stadtverordneten Kramer (D. V.), der es als notwendig bezeichnete, daß die Gemeinden es mit allem Ernst versuchen, sich wieder auf eigene Füße zu stellen, und darauf hinwies, daß wir freilich dann mit erheblichen höheren Steuern rechnen müßten, sowie auf verschiedene weitere Ausführungen des Redners erklärte Oberbürgermeister Dr. Winter, daß die Stadt zu den Ausgaben für das Fürsorgewesen durch öffentlich-rechtliche Verpflichtungen auf Grund von Reichsgesetzen gezwungen sei, und daß durch die fortwährende Geldentwertung nicht nur die Ausgaben für die Fürsorgewesen an sich, sondern auch durch deren stets zunehmende Zahl gewachsen sei. Die Zurückgewinnung der Finanzkraft der Städte sei das erste Erfordernis, von ihnen eine geordnete Haushaltsführung zu ermöglichen, und es sei nunmehr höchste Zeit, daß die Parteien des Reichstags den Mut finden, den Gemeinden das zu geben, was sie für ihre Lebenserhaltung benötigen. Wenn die Gemeinden in den Besitz des Steuerertragsvermögens und dadurch sofort in den Besitz der Steuern kommen, so wären sie dadurch in der Lage, ihre Zuschüsse auszulassen. Statt dessen werden ihnen zurzeit immer erst im folgenden Monat die Steuern des Vormonats vom Reich zurückvergütet. Es sei aber notwendig, daß nunmehr auch der Besitz Opfer bringen müsse, aber auch die Arbeiterchaft müsse einsehen, daß es mit der Prinzipienreiterei nicht so weiter gehen kann. Für Gas- und Elektrizitätswert mußte die Stadtverwaltung große Zuschüsse leisten, zumal vor wenigen Wochen eine schwerwiegende Veränderung in dem Bezahlungsmodus der Kohlen eingetreten ist. Diese müssen stat wie bisher nach Empfang nunmehr im voraus bezahlt werden. Einnahmen und Ausgaben bei der Straßenbahn in Einklang zu bringen sei solange unmöglich, als wir noch im Reich den Geldentwertung helfen. Der Oberbürgermeister erklärte, auch weiterhin an seiner Gehilfenpolitik festhalten zu wollen, da dadurch allein zurzeit der Finanzbedarf der Stadt eingewahren bedient werden kann. Nach dem gegenwärtigen Stand betragen die jährlichen Ausgaben der Stadt an Gehilfen und Löhnen allein 350 Millionen. Daß es bisher gelungen sei, durchzubohlen, sei nicht nur der Gehilfenpolitik, sondern auch dem Einbringen des Reiches zu verdanken.

In der weiteren Aussprache beteiligten sich eine Reihe von Stadtverordneten und es kam zu den üblichen parteipolitischen Auseinandersetzungen, wobei auch die Handhabung des Schlüsselgeldsystems durch verschiedene Einzelhändler getadelt wurde, was wiederum zu einer Verteidigung dieses Schlüsselgeldsystems durch den Stadtverordneten Dietrich (D. V.) führte. Stadtver. Bauer (D. V.) hielt es als Vorbedingung der Befundung, daß die Arbeit nach ihrem Wert bezahlt werde. Stadtver. Bauer (Komm.) kündigte die kommunistische Revolution an. Stadtver. Koch (Soz.) wies auf die schwere mitunter lebensgefährliche Arbeit der Arbeiter in den badischen Betrieben hin. Stadtver. Kessler (Dem.) wies darauf hin, daß wenn keine Geldverhältnisse kommen, ein großer Teil des Einzelhandels es wohl nicht mehr so haben werde wie bisher und daß dann reichliche Konturke kommen werden. Die Vorlage wurde schließlich gegen den Antrag des Stadtrats (Erhöhung auf 1500 Millionen) einstimmig angenommen.

Es wurde sodann eine Reihe weiterer Vorlagen erledigt. Ein sehr ausgedehnte Aussprache entspann sich zu Punkt 6

**Erhebung einer Wohnungssteuer.** Bürgermeister Schneider teilte mit, daß die Vorlage in Erfüllung eines schon mehrfach geduldeten Wunsches aus den Reihen der Stadtverordneten eingebracht worden sei. Die Höhe jedoch vor allem die Tatsache erregte, daß das Ergebnis dieser Steuer keinesfalls dem für ihre Einziehung gemachten Aufwande entspreche. Er teilte ferner mit, daß bereits entsprechende Schritte bei den zuständigen Ministerien gemacht worden sind, um diejenigen, die sich von der Bezahlung der Wohnungsabgabe zu drücken suchen, zur Leistung der der Geldentwertung entsprechenden Beträge heranzuziehen. Stadtd. Steinwag teilte mit, daß der Stadtverordnetenrat mit allen gegen eine Stimme die Vorlage abgelehnt habe, und er bitte den Bürgerausschuß, dies gleichfalls zu tun. Nach ausgiebiger Diskussion, die sich jedoch zum wesentlichen mit der Vorlage beschäftigte, wurde schließlich die Vorlage abgelehnt.

**Erhöhung der Wohnungsabgabe.** Der Stadtrat der Stadt Karlsruhe hat mit Zustimmung des Stadtverordnetenratens die in den Monaten September 1923 bis März 1924 zu entrichtende Wohnungsabgabe auf 200 000 Proz. des Steuerwerts für jeden Monat erhöht.

Die Karlsruher Straßenbahn löst von gestern ab auf der längsten Strecke 5 Millionen Mark.

**Neue Banknoten.** In den nächsten Tagen werden von der Reichsbank neue Reichsbanknoten mit dem Ausgabedatum vom 16. Dezember 1922 in den Verkehr gegeben, die ursprünglich auf 1000 Mark lauteten. Diese Noten, die auf gutem, mit Fasern und Stoffauslage versehenen Wasserzeichenpapier gedruckt sind und die auf der Vorderseite das Kopfbild des Nürnberger Münzmeisters Lorenz Berg von Georg Benz tragen, sind auf der Vorder- und Rückseite mit einem von links unten nach rechts oben gehenden Überdruck in roten Buchstaben versehen, welcher lautet: „Eine Milliarde Mark“. Da diese Noten bisher noch niemals in den Verkehr gelangt sind, so ist die Fälschungsfähigkeit außerordentlich gering. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß außer dieser Note sich keine Reichsbanknote im Umlauf befindet, welche infolge Überstempelung einen höheren Wert als den ursprünglichen Ausgabewert hat.

## Handel und Wirtschaft

**Berliner Devisennotierungen**  
am 25. September vordörlich  
Leipzig: Mill.

|            | 25. September | Karlsruhe, 24. Sept. |
|------------|---------------|----------------------|
| Amsterdam  | 85 500 000    | 83 254 000           |
| Kopenhagen | —             | 26 733 000           |
| Italien    | —             | 6 733 075            |
| London     | 574 000 000   | 673 312 500          |
| Neuhav     | 148 000 000   | 146 632 500          |
| Paris      | 9 200 000     | 9 097 200            |
| Schweiz    | 26 000 000    | 26 433 750           |
| Wien       | 4 500 000     | 4 451 100            |

Karlsruhe, 24. Sept. Weiz 192 517 500, Reis 193 482 500.

### Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Mündelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Tausend Mark)

|   |             |
|---|-------------|
| 10% Badische Kohlenwert-Anleihe               | ca. 850 000 |
| 6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe              | ca. 800 000 |
| 5% Rhein-Rain-Donau-Gold-Anleihe              | —           |
| 7% Redarwerte Goldanleihe                     | —           |
| 5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg        | ca. 230 000 |
| 5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.         | —           |
| 5% Süddeutsche Roggen-Anleihe pro Ztr.        | ca. 120 000 |
| Dollarkapitalanweisungen des Deutschen Reichs | ca. 90 000  |

Ferner nennen wir noch die nicht mündelwürdigen

|  |            |
|--|------------|
| 10% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim | ca. 45 000 |
|--|------------|

Durchschnittspreise der Mannheimer Produktensbörse vom 24. September: Weizen 322,5 Millionen Mark, 1 Zentner Roggen 222,5 Millionen Mark, Haer — Millionen Mark pro Zentner.

Neue Kohlenpreise sind mit dem 24. September in Kraft getreten. Es wurden Zuschläge bewilligt, die den Geuben lediglich eine Abgeltung geben, für die durch das Schiedsgericht ausgesprochene Erhöhung der Vergarbeiterlöhne, soweit sie — in Goldmark ausgedrückt — den Goldmarklöhen der Vorwoche übersteigen. Es stellen sich Aufschlagsforderungen auf 38,46 Goldmark, Aufschlagsforderungen auf 30,97 Goldmark, oberbayerische Stahllöhne auf 29,26, mitteldeutsche Braunkohlenpreislöhne auf 19,08.

Die Änderung der Außenhandelsbestimmungen. Die angeführten Maßnahmen zum Abbau der Außenhandelskontrolle

werden jetzt in einer Anzahl von Verordnungen im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben. Die erste dieser Verordnungen hebt die bisherigen Bestimmungen über die Außenhandelskontrolle auf und erläßt dafür ein Ausführungsverbot für eine lange Liste von Waren, das nur durch die Genehmigung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen oder der sonst zuständigen Stellen im Einzelfalle aufgehoben werden kann. In einer weiteren Verordnung wird durchgängig die Fakturierung in der Währung des Empfangslandes oder in Dollar, Pfunden, Gulden oder Schweizer Franken vorgeschrieben. In dieser Verordnung werden aber weiter dem Reichskommissar für Devisenerfassung äußerst weitgehende wirtschaftspolizeiliche Vollmachten eingeräumt, dadurch, daß im § 2 bestimmt wird: „Der Gegenwert der Ausfuhr darf nur im Interesse der deutschen Wirtschaft verwendet werden“, und daß dem Devisenkommissar die Macht gegeben wird, zu entscheiden, was als im Interesse der deutschen Wirtschaft liegend zu erachten ist. Im übrigen hat der Devisenkommissar auch dafür zu sorgen, daß 30 Proz. des Ausführungsgegenwertes abgeleitet werden, er kann jedoch hiervon Ausnahmen zulassen. In einer weiteren Verordnung wird bestimmt, daß für alle Waren, die noch einem Ausführungsverbot unterliegen, mit Ausnahme von Kohle, Salz und Salz, eine Ausfuhrabgabe bis auf weiteres nicht in Ansatz gebracht wird.

Der Aufsichtsrat der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe beschloß, der Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von einer Goldmark pro Stammaktie vorzuschlagen. Der Betrag ist seit 30. Juni d. J. wertbeständig angelegt und soll dementsprechend zur Ausschüttung kommen. Ferner wurde den vom Vorstand abgeschlossenen Interessengemeinschaftsverträgen mit den Motorenwerken Mannheim, vorm. Benz, Motorfabrik Motorenbau, in Mannheim, vorm. Benz, Motorfabrik Motorenwerke M. W. in Mosbach zugestimmt.

**Solzanleihe der Stadt Baden-Baden.** Die wertbeständige Anleihe der Stadtgemeinde Baden-Baden von 10 000 Reichsmark ist bedeutend überzeichnet worden. Die Stadt hat infolgedessen eine zweite Anleihe mit übermals 10 000 Reichsmark zur Zeichnung aufgelegt.

Eine wertbeständige Solzanleihe der Stadt Heidelberg. Die Stadt Heidelberg beschäftigt die Begebung einer Solzanleihe von 50 000 Reichsmark Adelsaußerholz vierter Klasse. Die Anleihe ist zu 6 Prozent verzinslich und ab 1. Oktober 1923 mit jährlich 3 Prozent zu tilgen. Sie soll je nach Bedarf in Serien ausgeteilt werden. Die Gelder werden zum Zwecke der Ausführung des Kanalnetzes und zur Schaffung weiterer Arbeitsstellen, sowie zur Behebung der Wohnungsbaulage benötigt.

## Verschiedenes.

### Ferdinand Avenarius †

Im Vorbesahde ist Ferdinand Avenarius im Alter von 67 Jahren gestorben. Als Gründer und Herausgeber des „Kunstwart“, den er 1887 ins Leben rief und bis vor wenigen Monaten geleitet hat, ist er in ganz Deutschland bekannt geworden und hat eine große Gemeinde um sich geschart. Avenarius stammte aus Berlin, hat in Leipzig und Berlin studiert und nach längerem Aufenthalt in Italien in Dresden seinen Wohnsitz genommen.

### Grubenunglück in Polnisch-Oberschlesien.

Aus Katowitz wird gemeldet: Aus der einer französisch-russischen Gesellschaft gehörenden Grube „Vorna“ (Kreis Ventin) brach am Donnerstagabend im Westteil der Grube in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, der noch weiter wütet. Der Katastrophe sind bisher 28 Bergleute zum Opfer gefallen. Man nimmt an, daß noch mindestens etwa 40 Leute zu verzeihen sein würden, da noch eine große Anzahl vermisst wird. Die Rettungsarbeiten konnten infolge Mangels an Hilfskräften am Freitag erst in Angriff genommen werden. Die Ursache ist darin zu suchen, daß arbeitende Bergleute eine zugewanderte, mit Schlagwetter angefüllte Kammer aufstiegen.

### Schweres Luftballonunglück.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß sich bei Gelegenheit der Abfahrt der Luftballone zum internationalen Gordon-Benett-Wettbewerb infolge eines Gewitters ein schweres Unglück ereignete. In dem Augenblick, als die beiden Ballone starteten, brach ein jäherer Unwetter los. Der Ballon „Solar“ mit zwei französischen Luftschiffern an Bord wurde vom Wind in Flammen gefesselt. Durch einen glücklichen Zufall verbrannte der Ballon nicht auf der Stelle und nur einer der Piloten wurde getötet, während der andere, Guillaumon, absprang und mit einem Weindruck davon kam. Man glaubt aber, daß er auch schwere innere Verletzungen erlitten hat. Ein zweiter Ballon, der Schweizer Ballon „Geneve“ wurde durch einen Blitzschlag getroffen, so daß er auf der Stelle verbrannte. Die beiden Piloten stürzten mit dem fremden Ballon ab und waren auf der Stelle tot.

## Badisches Landestheater.

Mittwoch, 26. Sept. 6<sup>1/2</sup>—7<sup>10</sup> Uhr. Sp. 1, 5, 10 M.  
Abonn. F 2. Th.-Gem. R.V.B. Nr. 5951—6400.  
**Euryanthe.**

Aufolge Beschlusses des Vorstandes vom 8. September soll eine außerordentliche Kammerversammlung stattfinden am Sonntag den 14. Oktober d. J., vorm. 11 Uhr, im Landgerichtsgebäude in Karlsruhe.

- Tagesordnung:**
1. Festsetzung der Kammerbeiträge pro September auf 1 Million, 100 000.
  2. Ermächtigung des Vorstandes bis zur nächsten ordentlichen Kammerversammlung die monatlichen Beiträge auf dieser Grundlage unter Berücksichtigung der Geldentwertungsverhältnisse nach Bedarf anderweit festzusetzen.
  3. Ermächtigung des Vorstandes zur Anstellung eines Sekretärs — Geschäftsführers — aus dem Kreise der Kollegen auf anzurechnender Honorar.
  4. Besprechung wirtschaftlicher und Gelehrtenfragen.
  5. Verschiedenes.
- Hierzu habe ich hiermit die Herren Kollegen des Kammerbezirks gem. § 7 der Geschäftsordnung durch Vermittlung der Anwaltsvereine und Bekanntmachung in der Karlsruher Zeitung ein.
- Karlsruhe, den 13. September 1923.  
Dr. Diez, Rechtsanwalt.

## Bekanntmachung.

Der Solzanrechnungsfahr für Landabgabe beträgt für die Zeit vom 26. September 1923 bis 23. September 1924 einschließlich vierunddreißigmillionenacht-hunderttausend.

Karlsruhe, den 24. September 1923. L. 908  
Finanzamt-Stadt und -Land.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

## Staatsanzeiger.

### Ausnahmegesetz.

**Verordnung**  
des badischen Staatsministeriums auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom 25. September 1923.  
Die Verordnung vom 18. September 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 296) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Karlsruhe, den 25. September 1923.  
Das Staatsministerium.  
Kemmel.

### Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

**Verordnung**  
(vom 25. September 1923.)  
Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.  
Die Verordnung vom 18. September 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 296) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Karlsruhe, den 25. September 1923.  
Der Minister des Innern.  
Kemmel.

### Bekanntmachung.

Im Benehmen mit dem Ministerium des Innern habe ich gemäß Artikel 11 Abs. 2 d. V. vom 30. 6. 1922 und § 5 Absatz 1 der Verordnung vom 17. 5. 1923, den Wollzug des Ortlichen Feuerwesens betr., die staatliche Genehmigung dazu erteilt, daß die katholischen Kirchengemeinden Bad. Mheinfelden, Nollingen und Wambach zum Zweck gemeinschaftlicher Ausübung des Bestenrechts mit Wirkung vom 1. April 1922 an zu einer Gesamtkirchengemeinde vereinigt werden.

Karlsruhe, den 12. September 1923.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts.  
F. A. Dr. Huber.

### Bekanntmachung.

Die Sätze des Tarifs zur Berechnung des Wertes der entwendeten Bahrgüter vom 1. September 1914 — Staatsanzeiger 1914, Seite 288 ff — werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 wie folgt erhöht:

- für Stämme, Abschnitte, Stangen, Kuchschichtholz und Kuchrinde auf das 15 000 000fache;
  - für Kupfer, Scheitl, Krügel, Kienholz und alle Nebenleistungen auf das 5 000 000fache;
  - für Stroh, Reis, Holz und Äpfel auf das 3 000 000fache.
- Der Landesdurchschnittswert von 3 Ster Buchenscheitholz (Brennholz) beträgt 60 000 000 M. (Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1923, das Fortschrittsrecht und Fortschrittsverfahren betr., Gesetz- und Verordnungsblatt 1923 Seite 181).
- Die Bekanntmachung vom 17. August d. J. — siehe Staatsanzeiger — Karlsruhe Zeitung Nr. 194 vom 23. August 1923 — wird hiermit aufgehoben. Im übrigen bleibt der Werttarif vom 1. September 1914 bis auf weiteres in Gültigkeit.
- Karlsruhe, den 18. September 1923.  
Ministerium der Finanzen — Fortabteilung.  
Gretsch.

## Personeller Teil.

**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.**

**Katholischer Kultus.**  
Kirchlich eingesetzt wurden:  
Am 20. Juni: Dr. Albert Nieser, bisher Dompräbendar am Minister in Freiburg, als Stadtpfarrer auf die Pfarrei St. Bernhard in Karlsruhe.  
am 1. Juli: Franz Karl Jester, bisher Dompräbendar am Minister in Freiburg, als Pfarrer in Grunern, Del. Weisbach, Friedrich Wilhelm Nestle, bisher Pfarrer in Sinheim, als Pfarrer in Neersburg, Del. Linggau, Josef Bernhard Frank, bisher Pfarrer in Ebingen, Defanats Heidelberg, als Pfarrer in Delsdorf, Franz Josef Engle, bisher Pfarrer in Kappelwindel, als Pfarrer in Dingseldorf, Defanats Konstanz, am 29. Juli: Leo Rüttling, bisher Pfarrer in Hofsgrund, als Pfarrer in Hofsgrund, Del. Weinheim.

**Evangelische Kirchenregierung.**  
Bestätigt wurde:  
Pfarrer Georg Kappes in Wertheim als Pfarrer der Spitalkirche in Badenhausen in Wertheim.

## Landabgabe.

Auf die am 1. Oktober 1923 fällig werdende 2. Rate der Landabgabe wird hiermit hingewiesen. Bei verspäteter Zahlung sind 5 v. H. fällige Zinsen in Gold vom Tage der Fälligkeit bis zum Zahlungstage einschließlich zu entrichten.

Karlsruhe, den 24. September 1923.  
Finanzamt-Stadt und -Land.

Die Gebühren der Kammerbezirks werden mit Wirkung vom 23. d. Mts. ab auf das 6 500 000fache der Grundgebühren erhöht.

Karlsruhe, den 23. September 1923.  
Badisches Bezirksamt Adt. III. O.-R. 107

## Verwaltungs-Ratschreiber.

Mitte 20 mit allen bei einer Gemeindeverwaltung vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, besonders auch langjährige Tätigkeit im Kassen- und Rechnungswesen, sucht sich zu verändern als Ratschreiber oder in sonst selbst. Stellung. Angebote unter R. 908 an d. Finanzamt.

Öffentliche Versteigerung gegen Darlehens Fund-sachen vom 2. Vierteljahr.

Wir fertigen als Spezialität

# Wertpapiere

Aktien, Gutscheine, Notgeld in einfacher und künstlerischer Ausführung.

G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.

Karlsruhofstr. 14 vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag Fernruf 953, 954

Die Firma „Silva“ Südb. Papierverarbeitungs- & Verwertungs-gesellschaft m. b. H. Karlsruhe ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei den Unterzeichneten zu melden.

Die Liquidatoren.  
Mit Wirkung vom 23. September 1923 werden sämtliche Forderungen im Gü-  
ter-, Tier- und Expres-  
güterverkehr, sowie die Re-  
ben- und die drilichen Ge-  
bühren um 100 v. H. er-  
höht. Aus diesem Anlaß  
wird die für den Güter-  
verkehr gültige Schließ-  
zahl zur Umwandlung der  
in Tarifmarkt berechneten  
Forderungen in Reichsmark  
von 15 000 000 auf  
25 000 000 festgesetzt. Nä-  
here Auskunft erteilt das  
Gütertarifbüro der Reichs-  
bahndirektion. L. 909  
Die verkürzte Ver-  
schlüssenfrist ist auf  
Grund der vorübergehen-  
den Änderung des § 6 der  
Eisenbahnverkehrsordnung  
genehmigt (RWB. 1914,  
S. 455).  
Karlsruhe, 23. Sept. 1923.  
Reichsbahndirektion.